

T. G. Masaryk und die ältere positivistische Strömung kritisch anknüpfend, versuchte er die Philosophie auszuarbeiten, die vor allem auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert. Diese verstand er als „Streben nach einer einheitlichen Welt- und Lebensanschauung“, die dem modernen und gesellschaftlich engagierten Menschen unentbehrlich werde. Nur aufgrund der breitestmöglichen Synthese von derartigen Erkenntnissen sei die Philosophie imstande, zum Aufbau einer modernen Gesellschaft beizutragen, einer solchen, die es jedem Bürger ermögliche, eigene positive Aktivität und besonders eigene schöpferische Kräfte zu entfalten. Tvrđýs Ideal der wissenschaftlich begründeten Philosophie mündet letzten Endes in das Ideal einer humanistischen Welt (einer „neuen Renaissance“).

Noch in einer anderen – für den westlichen Spezialisten jedoch kaum bemerkbaren – Hinsicht stellt sich Gabriels Arbeit als lesenwerte Lektüre vor: sie beschert uns nämlich die plastische Schilderung der Tätigkeit eines derjenigen tschechischen Philosophen, die ihr Philosophieren noch voll in eigener fachlicher, souveräner und bürgerlich mündiger Kompetenz, weit von jedem ideologischen Reglement entfernt, entfalten konnten, ohne jemandem dafür Rechenschaft ablegen zu müssen ...

Sollte es allein bei einer solchen Leseausbeute dieses Buchs bleiben, so sicherte ihm dies allein eine positive Bewertung.

Stuttgart

Milan Daňhel

*Seeber, Eva: Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die ČSR 1941–1945.*

Akademie-Verlag, Berlin 1984, 459 S.

Wer sich in der DDR mit der Zeitgeschichte der sozialistischen Nachbarstaaten befaßt, hat es nicht leicht. Wer sich gar dazu entschließt, ein Thema aus dem Bereich der sowjetischen Außenpolitik zu wählen, muß sich an zahlreiche Tabus und Sprachregelungen halten.

Es wäre zu viel verlangt, von Eva Seebers Studie über die Beziehungen zwischen den alliierten Hauptmächten und den polnischen und tschechoslowakischen Exilregierungen eine Kritik an der sowjetischen Außenpolitik, z. B. am Hitler-Stalin-Pakt, oder eine Distanzierung von der sowjetischen Version zu Katyn oder zum Warschauer Aufstand zu erwarten: Die sowjetische Außenpolitik war natürlich zu jedem Zeitpunkt und gegenüber jedem Land von den besten Absichten beseelt. Die Komintern und die KPdSU führten die Volksfrontpolitik seit 1935 „geradlinig“ fort (S. 84 und 165). Die Sowjetunion hielt sich stets an das Prinzip der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Nur das „Ansehen“ und die „Ausstrahlung“ der Sowjetunion und der Roten Armee ermöglichten es den „revolutionär-demokratischen“ Kräften (S. 352), die „Hegemonie“ gegenüber der Bourgeoisie Polens und der Tschechoslowakei zu erringen. Deshalb streicht Seeber auch aus ihrem ausführlichen Zitat aus Gomulkas Streitgespräch am 17. Juni 1945 mit Mikołajczyk und anderen demokratischen Politikern folgenden Satz, der in einer in Warschau 1965 erschienenen Dokumentensammlung enthalten ist: „Ihr könnt noch so schreien, daß das Blut des polnischen Volkes ver-

gossen wird, daß der NKVD Polen regiert, doch das bringt uns nicht vom Wege ab.“ Nach Seeber versuchte dagegen Großbritannien, die UdSSR mit einem *cordon sanitaire* zu umgeben, während die USA Polen zu einem „Stützpfeiler“ des Imperialismus ausbauen wollten (S. 239).

Für Seeber gibt es nur Reaktion und Fortschritt, Bourgeoisie und Arbeiterklasse, Imperialismus und die „Befreiermission“ der Sowjetunion. Das dichotomische Bild, das Seeber zeichnet, entspricht nicht den Tatsachen. Besonders ihre Darstellung der britischen Konföderationspläne ist voller faktischer Irrtümer (S. 108). Das erste Abkommen zwischen der polnischen und der tschechoslowakischen Exilregierung vom November 1940 fällt in die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes. Die geplante enge Zusammenarbeit der beiden ostmitteleuropäischen Verbündeten Großbritanniens richtete sich vor allem gegen ein eventuelles Zusammengehen der Sowjetunion mit Deutschland nach einem befürchteten revolutionären Umsturz oder einem Staatsstreich der Wehrmacht. Das zweite Abkommen dagegen wurde im Januar 1942 geschlossen, als sich die polnisch-sowjetischen Beziehungen positiv zu entwickeln schienen. Die britische Regierung band ihre Zustimmung zu dem Konföderationsplan seit Edens Moskau-Besuch im Dezember 1941 an die Voraussetzung freundschaftlicher Beziehungen Polens und der Tschechoslowakei zur Sowjetunion. Seit dem Sommer 1942 suchte sie nach Wegen, den Unionsplan mit den wohlverstandenen sowjetischen Interessen zu vereinbaren. Deshalb sollte die Konföderation ein Verteidigungsbündnis mit dem mächtigen Nachbarn im Osten schließen und dessen Sicherheitsbedürfnis durch den Verzicht auf die polnischen Ostgebiete befriedigen. Die sowjetischen Einsprüche gegen die Konföderationspläne und auch gegen die Alternative eines Bündnispaktes zwischen der Tschechoslowakei und Polen werden von Seeber nicht erwähnt, da sie nicht in ihr Bild der sowjetischen Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten passen.

Da Seeber stets die Meßlatte der Anerkennung sowjetischer Forderungen anlegt, gelingt es ihr nicht, die Konzeption der polnischen Exilregierung zu charakterisieren. Sikorski und sein Nachfolger Mikołajczyk und deren engere Umgebung waren durchaus bereit, auf die ukrainischen und belorussischen Gebiete Vorkriegspolens zu verzichten. Allerdings hofften sie, ein Drittel Ostgaliziens einschließlich Lembergs und der Ölfelder für die Republik retten zu können. Durch einen Bevölkerungsaustausch sollte die ethnische Trennungslinie zwischen Polen und Ukrainern mit der Staatsgrenze in Übereinstimmung gebracht werden. Nur in diesem Streit um ein Drittel Ostgaliziens machte die britische Regierung bis Teheran und die amerikanische Regierung bis Jalta den Exilpolen Hoffnungen. Seeber führt Sicherheitsinteressen gegen ein solches sowjetisches Zugeständnis an. Das Grenzgebiet zwischen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien sei ein „Schlüsselproblem sowjetischer Sicherheit“ (S. 217). Churchill zögerte wegen der Kampfmoral der polnischen Armee und Roosevelt wegen der Wähler polnischer Abstammung, den Polen die unangenehme Wahrheit zu sagen.

Seebers Erklärung für das unterschiedliche Verhalten der Sowjetunion gegenüber Polen und der Tschechoslowakei überzeugt nicht (S. 307). Warum waren die tschechoslowakischen Kommunisten zu einer Machtteilung mit den demokratischen Parteien bereit, während die polnischen Kommunisten seit dem August 1944 auf einem

Übergewicht ihrer Partei und ihrer Mitläufer aus anderen Lagern in der Regierung bestanden? Die naheliegende Begründung, daß die Sowjetführung damit rechnen mußte, daß demokratische Wahlen in Polen wegen der erzwungenen Gebietsabtretungen und der Mordtaten des NKVD, besonders an den polnischen Offizieren, zu einer antisowjetischen Mehrheit führen würden, kann Seeber nicht geben. Wegen ihrer Schwäche durfte die PPR die Macht nicht mit den übrigen Parteien teilen. Deshalb honorierte Stalin nicht das späte polnische Angebot, die Curzon-Linie als „Demarkationslinie“ hinzunehmen.

Seeber hat sich auch in britischen und amerikanischen Archiven umgesehen, doch nur gefunden, was ihre orthodoxen Thesen stützt, die nur noch von wenigen polnischen und tschechoslowakischen Historikern vertreten werden. Die „Volksmassen“ nicht nur der Tschechoslowakei, sondern auch Polens hätten schon im Sommer 1941 erkannt, daß sie mit der Sowjetunion gegen den gemeinsamen Feind kämpfen und die engsten Beziehungen zur UdSSR herstellen müßten (S. 83). Nach Seeber befanden sich in den sowjetischen Lagern nur „Soldaten der polnischen Vorkriegsarmee“ (S. 90). Die 1 bis 1 ½ Millionen deportierter polnischer Staatsbürger nennt sie in den folgenden Kapiteln „Emigranten“ (S. 129). Die sowjetische Regierung stimmte gerade nicht der Einrichtung polnischer „Konsulate“ (S. 99), sondern nur der Ernennung polnischer „Delegierter“ zu. Seeber kritisiert die Weigerung der polnischen Exilregierung, 1941 wenigstens eine Division für den Einsatz an der sowjetischen Front freizugeben (S. 100 f.). Tatsächlich vergab Sikorski damit eine wichtige Trumpfkarte. Die Gerechtigkeit erfordert aber auch zu erwähnen, daß Stalin im Dezember 1941 Verständnis für Sikorskis Wunsch zeigte, die polnische Ostarmee geschlossen und zu einem späteren Zeitpunkt einzusetzen. Indem die Autorin die Fragen der Ostarmee, der Deportierten und der polnischen Ostgrenze in getrennten Kapiteln behandelt, geht der Zusammenhang zwischen diesen drei Problemen – wohl mit Bedacht – verloren. Wegen der polnischen Kampagne gegen eine britische Anerkennung der sowjetischen Eroberungen aus den Jahren 1939 bis 1941 drängten nicht nur Churchill und Anders, sondern war auch Stalin an der Liquidierung der polnischen Institutionen auf sowjetischem Boden interessiert. Wegen der Verhaftung der polnischen Wohlfahrtsarbeiter gab Sikorski seinen Widerstand gegen die Evakuierung der restlichen polnischen Divisionen aus der UdSSR auf.

Seeber scheut auch nicht vor Fälschungen zurück, von denen ich hier nur ein Beispiel anführen werde. Indem sie Strangs Äußerung über die Opposition russophober Elemente gegen „Sikorski's Government“ mit Opposition gegenüber „Sikorski“ übersetzt, macht sie Strang zum Kronzeugen russophober Elemente innerhalb der Regierung Sikorski (S. 128). Eine Fehlinterpretation wider besseres Wissen leistet sie sich auch bei der „breiteren Basis“, auf die die US-Regierung ihre Vorschläge für die Lösung der polnischen Frage stellen wollte. Nicht um den US-Einfluß in Polen nach dem Kriege ging es (S. 129), sondern um das Problem der Staatsangehörigkeit der Bewohner des Gebiets zwischen Curzon-Linie und Rigaer Grenze. Hulls Absicht war nicht, Stärke zu demonstrieren, sondern zu verhindern, daß durch die Regierungsumbildung auf sowjetischen Druck ein Präzedenzfall für Eingriffe in die Struktur verbündeter Regierungen geschaffen werde (S. 129). Nicht Mikołajczyk (S. 224), sondern das Foreign Office sprach sich im April 1944 gegen die Entlassung Sosńkowskis aus, wie ein Blick in Seebers Quelle zeigt.

Die längst widerlegte Behauptung, der von der KPTsch propagierte „Zentrale National-Revolutionäre Ausschuß“ habe existiert, wird von Seeber wieder aufgetischt (S. 84). Sie bildet aus Hodža, Osuský und Hácha eine Reihe von „Kollaborationspolitikern“ (S. 318). Obwohl Seeber Polen und die Tschechoslowakei vergleicht, ist ihr der Zusammenhang nicht aufgefallen, daß die sowjetischen Noten zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Polen und das Angebot eines Separatvertrages mit der Tschechoslowakei am selben Tage überreicht wurden (S. 134). Nicht obwohl (S. 147), sondern wegen ihres Eintretens für ein allgemeines Sicherheitssystem sprachen sich die britische und besonders die US-Regierung gegen den bilateralen Vertrag aus.

Dem offiziellen Charakter der Arbeit entspricht ein schwerfälliger, substantivischer Verlautbarungsstil. Mit den Übersetzungen aus Fremdsprachen hat Seeber auch Schwierigkeiten. Dazu kommen mehrere Dutzend Fehler bei der Schreibung polnischer, tschechoslowakischer und sogar russischer Namen und Ungenauigkeiten bei der Bezeichnung von Institutionen. Anscheinend hat sie auch nicht bemerkt, daß es sich bei Tatiszczewo und Tatiščevo um denselben Ort handelt (S. 99, S. 101). Das Central Department des Foreign Office wird bei ihr zur „Osteuropa-Abteilung“, die „Division of European Affairs“ zur „Abteilung für osteuropäische Fragen“. In Seton H. Watson (sic!) sieht sie einen „Hauptberater der britischen Regierung“ (S. 71) und in Isaac Deutscher einen „bürgerlichen Politologen“ (S. 41).

Mit einem Satz: Auf die Lektüre von Seebers Buch kann man ohne weiteres verzichten.

Berlin

Detlef Brandes

*Habel, Fritz Peter (Hrsg.): Dokumente zur Sudetenfrage.*

4. Aufl., R. Oldenbourg, München-Wien 1984, 503 S.

This volume represents an exhaustive collection of documents, judiciously edited, bearing primarily, as the title suggests, on the Sudeten problem in its entire historical dimension. It is the fourth edition of a book last brought out by the same editor in 1962 and already out of print in 1965. (The first two editions, properly speaking, were not officially in print, but were hectographed). This edition represents an extensive expansion and updating of the documentation and brings the chronology of the Sudeten question down to 1984. It thus represents the most up-to-date collection we have and will remain a standard reference work on the Sudeten question for the foreseeable future.

The core of the book is represented by several sections which detail the emergence of the Sudeten question in its historical dimension. "National Problems in Bohemia, Moravia and Silesia" examines the long-term historical genesis of the Sudeten problem from Duke Sobieslav I's patent of freedom for the Germans in c. 1175 to the introduction of historian Boháč's book on the Czech people of 1916. A section on the years 1918–1920 details the emergence of Czechoslovakia and the Sudeten problem as a part of that emergence. Yet another section deals with the first Czechoslovak Republic